

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Er scheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postzeitungsliste Nr. 3164

## Wo bleibt das freie Wahlrecht?

Es unterliegt keinem Zweifel, die preussische Wahlrechtsfrage geht nicht nur die politisch interessierte Arbeiterschaft Preussens an, sondern sie ist auch für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von weittragender Bedeutung. Unsere Kollegen haben dabei in doppelter Beziehung Veranlassung, regen Anteil zu nehmen an den Vorgängen sowie den bevorstehenden politischen Kämpfen um das freie Wahlrecht.

Einmal, soweit sie als Staatsarbeiter die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vom bisherigen Dreiklassenhaus erhalten, zum anderen als Staatsbürger, die endlich den Anspruch erheben, in dieser ersten Zeit auch ernst genommen zu werden mit ihren Ansprüchen auf wirkliche gesetzliche Gleichberechtigung.

Aber selbst über diese beiden Gesichtspunkte hinaus geht die Frage im gegenwärtigen Augenblick! Es handelt sich nämlich gleichzeitig um eine wichtige Etappe zur baldigen Herbeiführung des Verständigungsfriedens!

Die Regierung hat durch den Mund des stellvertretenden Reichskanzlers von Bayer selber klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die Wahlreform als ein Mittel der Landesverteidigung und damit auch ein Stück der äußeren Politik anseht. Er führte u. a. aus:

„Eine Pflicht aber haben wir allerdings alle, und ich anerkenne sie, auch für meine Person: enttäuschte Hoffnungen müssen verhütet, veredelt; Forderungen müssen erfüllt werden, und zwar rechtzeitig, tatsächlich bestehenden Schäden muß abgeholfen werden. Wahrend sich mir in dieser Beziehung das Schicksal der preussischen Wahlrechtsvorlage, einer längst nicht mehr preussischen, sondern eminent deutschen Frage, schon unter dem Gesichtspunkt, daß unverkennbar von der Entscheidung dieser Frage auch das größere oder geringere Maß von Vertrauen abhängt, das die Bevölkerung nicht bloß der preussischen, sondern auch der Reichsregierung entgegenbringt. Und es bedarf keiner Auseinandersetzung, in wie hohem Maße wieder die Stimmung der Bevölkerung durch Vorhandensein oder Mangel gerade dieses Vertrauens bedingt wird. Eine weitere hinauschiebung der Entscheidung, darüber herrscht jetzt wohl vollständiges Einverständnis, ist nicht angängig, so schwer man auch eine Auflösung und Annahmeln während des Krieges nehmen mag, die übrigens durchaus nicht so viele Gegenstände aufzählen würde, wie das Meinwachen tun, die unter einer weniger Herr ungenügenden Besatzung ständen. Ein solcher Streit wird wohl nicht minder leicht sein, aber er rührt nicht so viele Tiefen auf. Im übrigen kann meines Dafürhaltens die Entscheidung der preussischen Regierung als getroffen angenommen werden: geht nicht aus der Stimmung des Herrenhauses das gleiche Wahlrecht hervor, wird sie auflösen. Aber den Ausgang dieser Wahl wird heute wohl nirgends mehr Zweifel bestehen. Wenn sich die Regierung bemüht hat und heute noch bemüht, eine Verständigung zustande zu bringen, um den Wahlkampf im Aricae zu vermeiden, so tut sie damit nur ihr Pflicht. Gaben die Gegner der Vorlage ein Ohr für die Forderungen des Tages und ein Auge für das Anwachen der vollständigen Bewegung im Lande,

so werden sie sich beizeiten, einer Verständigung zustimmen. Sie werden damit sich selbst den besten Dienst leisten. Nur dürfen sie nicht hoffen, die Vorlage etwa auf dem Wege der Verschlechterung in ihr Gegenteil verwandeln oder ausbeugen zu können. Eine wirkliche, den Kampf beendende und nicht umgekehrt verschärfende Verständigung liegt nur vor, wenn auch die der Reform freundliche Richtung sich mit ihr einverstanden erklären kann. Ein sogenanntes gleiches Wahlrecht, das durch die Stimmen der Wahlrechtsgegner gegen die Stimmen der Wahlrechtsfreunde zustande käme, wäre, politisch betrachtet, so ziemlich die verhängnisvollste Lösung. Die nächsten Tage oder Wochen müssen die Entscheidung bringen. Möge sie den Zeichen der Zeit Rechnung tragen!“

Die Reform des preussischen Wahlrechts muß, um ihren vollen Zweck zu erfüllen, als große geschichtliche Tat dastehen. Als ein Werk, dessen Linien so fest und eindeutig gezogen sind, daß keine Entstellung und Verzerrung das Urteil der Welt über das Wesen des Vorgangs beirren kann. Auch das Bewußtsein des Mannes, der sich nicht intensiv mit Politik befaßt, muß klar und leicht fassen können, daß dies der Wendepunkt unserer gesamten inneren Politik ist. Der Soldat im Felde wie der Bürger in der Heimat sollen das besorgende Gefühl haben, daß die freiheitliche Entwicklung des Landes, für das sie kämpfen und Opfer tragen, nunmehr gesichert ist, und den Völkern des Auslandes muß die Überzeugung erwachsen, daß Deutschland keines Zwanges und keiner Einmischung von außen bedarf, um seine Verfassung ebenso frei wie die übrigen Völker fortzuentwickeln.

Auf dieses Ziel hätte bereits der gesamte Gang der Reform eingestellt werden müssen. Die Wahlrechtsbottschaft, die in der ganzen Welt Aufsehen erregte, war kein schlechter Mistak. Freilich wurde hier schon der schwere Fehler begangen, daß das königliche Versprechen in zwei Stufen erfolgte. Wären die Osterbotenschaft und der Julierlach in einem einzigen Akt zusammengezogen worden, so wäre der Eindruck zweifellos ein viel größerer gewesen. So aber begann hier schon die Vorstellung eines schweren Entschlusses, der nur mühsam und stückweise der Krone hatte abgerungen werden können.

Aber was dann folgte, war noch zehnmal schlimmer, es war so schlimm, daß es den Fehler der Regierung fast entschuldigt. Um einen ernsthaften und großen Eindruck auf In- und Ausland zu erzielen, hätten Abgeordnetenhaus und Herrenhaus nach kurzer, würdiger Beratung die Regierungsvorlage, möglichst noch mit einigen Verbesserungen in demokratischer Richtung, einmütig oder mit überwältigender Mehrheit annehmen müssen. Dann wäre aller Welt klar geworden: Hier hat sich ein entscheidender Umschwung vollzogen, hier ist eine große mutige Tat geschehen. Eine derartige Behandlung der Wahlreform hätte einen ähnlichen Eindruck hinterlassen wie die berühmte Kadtsitzung der französischen Konvention vom Jahre 1789, in der unter Zustimmung der Adelsfraktion Schlag auf Schlag die sämtlichen bis dahin bestehenden Privilegien der bevorzugten Stände aufgehoben wurden.

Was geschah statt dessen? Im Abgeordnetenhause stimmte der Chor der Reaktionen unter Führung des Herrn v. Seyde-

Brand zunächst ein Nach- und Weitergehen gegen die Regierung an, die eine Vorlage mit dem gleichen Wahlrecht einzubringen wollte. Einen Moment sah es so aus, als wollten die konservativen Hochgeister die ganze Reform in Stücke schlagen. Wie zum Hohn auf das königliche Wahlrechtsversprechen arbeitete die Kommission statt des gleichen Wahlrechts ein Pluralwahlrecht mit sechs Zusatzstimmen aus, dem auf Wunsch der rechten National Liberalen noch eine siebente hinzugesetzt wurde. Die konservativen propagieren in der Kommission ganz ungeniert des mittelalterliche System eines berufsständischen Wahlrechts.

Als die Regierung dieser Svottgeburt ihr „Unannehmbar“ gegenübersteht, begann ein neuer Akt: ein Festsitzen und Schwärzen, ein Sandeln und Zerren hinter den Kulissen. Auf seinem Trüffelmarkt, wo mit alten Sachen gehandelt wird, haben sich je widerlichere Vorgänge abgepielt. Die sechs Zusatzstimmen waren das höchste Gebot, von dem heruntergehandelt wurde. Vielleicht findet sich die Regierung mit drei Zusatzstimmen ab, mit zwei, mit einer? Die Regierung erklärt kategorisch, alle Zusatzstimmen, die ein plutokratisches Moment enthalten, zu verwerfen. Also Zusatzstimmen, in denen das plutokratische Moment recht deutlich verwickelt ist. Stimmen für Alter, für die wirtschaftliche Selbständigkeit, für höhere Angestellte, für Notentführer?

Mit dieser Schwärzei schleppt man die Wahlreform von einer Lesung in die andere. Statt der normalen drei Lesungen mit der normalen vierten Verfassungslesung werden es fünf! Jede Lesung bringt ein anderes Resultat, eine sogar keine, sie endet mit einem Nulsum. Keins der endlichen Resultate aber bedeutet eine Einlösung des Wahlrechtsversprechens.

Einheitslich über allen Lesungen aber liegt derselbe Geist: der Geist des Mißtrauens gegen das Volk. Während zehn Millionen Männer mit ihren Leibern Deutschlands Grenze vor feindlichem Einbruch sichern, diskutiert das Parlament die Frage, wie man sich gegen diese zehn Millionen „Sicher“ könne, wenn sie statt des Gewehrs den Stimmzettel in der Hand halten. Dies finstere Mißtrauen ist wahrlich kein Mittel, die Stimmung derer draußen zu beleben.

Die Regierung ist nicht schuldlos an diesem traurigen Schauspiel. Hat sie doch selber erst die Tür für alle möglichen Schwärzgebilde geöffnet, indem sie statt des unzuweidentigen gleichen Wahlrechts ein Wahlrecht mit „Zusatzstimmen“ erdachte und weiter mit plutokratische Zusatzstimmen für annähernd und erträglich erklärte. Vor allem aber ist ihre Schuld, das unwürdige Schwärzspiel durch fünf lange Lesungen mit ununterbrochener Mühe und Geduld angehen zu haben.

Nun geht der Stuhhandel weiter. Jetzt schleppt die Regierung die Wahlreform durch launsvolle Kommissionsitzungen

und Lesungen des Herrenhauses, um, wenn die Sache hier vorbei ist, den Handel im Abgeordnetenhause von neuem anzufangen.

Nehmen wir selbst an — was ausgeschlossen erscheint —, auf diesem Wege käme schließlich noch ein Wahlrecht im Sinne der Regierungsvorlage zustande, — kann dieser ganze Vorgang noch auf irgend jemand Eindruck machen? Ist das durch die fortwährenden Ablehnungen, Verschlechterungen, Anfeindungen der Wahlreform verurteilte peinliche Aufsehen nicht so groß, daß damit der Eindruck selbst des günstigsten Ausgangs glatt totgeschlagen wird? Man kann fast sagen: Der bisherige Verlauf hat in dieser Beziehung schon mehr geschadet, als auch das beste noch denkbare Resultat nützen kann.

Deswegen muß dieser Weg sofort und mit Energie abgebrochen werden. Sonst haben wir nur immer weiteren Schaden und dabei nicht einmal die Aussicht auf größeren Nutzen, da das Resultat aller Voraussicht nach eine häßliche Halbheit sein wird, die im Inlande bei niemand eine Freude erregt und dem Auslande hundertfältige Handhabe zu Verdrehungen und Verzerrungen bietet.

Mit dem Schwärzsystem muß Schluss gemacht werden. Die beiden Kammern des Preussischen Landtags haben nun einmal nicht den Weg betreten, den wir oben skizzierten, und der die Wahlreform zur monumentalen Tat erhoben hätte. Sie sind dafür verantwortlich, daß die Regierung ihrerseits den zweiten Weg betreten muß, der allein noch dieses Ergebnis herbeiführen kann.

Dieser Weg ist der offene Kampf gegen den Landtag, der seine nationale Pflicht nicht erkannt und in eifer für Deutschland entscheidende Stunde veragt hat. Wenn die Regierung, gestützt auf den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, diesen Kampf aufnimmt, wenn der Preussische Landtag und die in ihm verkörperte Reaktion in einen heftigen, aber kurzen Ringen entscheidend besiegt wird, dann ist alles gerettet. Dann haben wir auf anderem Wege die geschichtliche Tat, der Inland und Ausland Glauben schenken können und müssen.

Wir wagen aber auch im gegenwärtigen Stadium auf diesen Ausgang nicht zu hoffen. Vielmehr erdient es wahrlich nicht, daß weitere Wochen verträdt werden mit Kompromißversuchen und Verträgen. Demgegenüber erwarten wir von allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, daß sie sich die inneren wie außenpolitische Bedeutung der Wahlrechtsfrage klar machen und mit uns alles daran setzen, daß der Kampf um ein freies Wahlrecht siegreich durchgeführt werde. Das sind wir nicht nur uns selber, sondern auch allen unseren Kollegen im Felde schuldig, die zu ihrem Teil eine viel härtere Pflicht auf sich genommen haben!

## Eine neue Denkschrift zur Ernährungsfrage.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichsminister in der Angelegenheit des Ernährungsweins die folgende Denkschrift gerichtet:

An Se. Excellenz Berlin, den 9. September 1918.

In Herrn Reichsminister Grafen Dr. v. Hertling, Berlin.

Erzählen! Die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Beschwerden an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nachdrücklich die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf die hochbedenklichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Wir haben diese Massen erlebt und sind in eingehendster Weise mit den Angelegenheiten Eurer Excellenz und Ihren Herren Vorständen vorgedrungen, dem Angelegenheitsamt und dem Reichsamt des Innern übermitteln, um von letzterem in allen Fällen Antwort erlangen zu können. Vorher fanden unsere Verdächte in der meisten Fälle nur eine geringe Beachtung, unsere ersten Warnungen, die wachsende Ernährungsfrage durch unausgesetzte Maßnahmen nicht noch zu steigern, und in den Wind zu schlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede

Erhöhung des Lohnes, jede Teuerungszulage war längst durch die gestiegenen Marktpreise des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamtes, die lediglich durch Preisentzug eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schwärze ohne Ende zu einer Verarmung aller Lebensmittel, die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur eigenen Schwärze unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgebeutet, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Anestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der Lebensmittel, um ihren Lebensunterhalt zu erhalten. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schicksal entziehen.

Alle Maßnahmen, Schwärze, Wucher, Verschwendung und Wirtschaftlosigkeit müssen schmerzhaft gestoppt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Erzeugung erfolgen. Fortgesetzt wehren sich Erhaltungswille, Ernährungswille und Notwendigkeitsbedürfnisse gegen dieses Verhäng-

nis. Alle Ersparnisse werden aufgezehrt, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftsniedergang geht der körperliche Kräfteverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute, Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erleiden soll.

Leider hat aber gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Getreidpreise wurden erhöht und die Regierung bezeichnete die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Rinderbemittelten „in erträglichen Grenzen“ bewege. Neben der Brotpreis-erhöhung stieg der Preis der so unentbehrlichen Nahrungsmittel, z. B. der für Griech von 32 auf 18 Pf., für Graupen von 36 auf 44 Pf.; das ist eine Steigerung von 50 bzw. 25 Proz. Zu der Verkürzung der Brotration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wohlhabende Bevölkerung verschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzte steigende Preise doppelte Lieferung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armen und Rinderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugefügten Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischmahlung nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für die Verschlechterung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. Der Hinweis auf das reichlicher vorhandene Gemüse genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuführen. Sein geringer Nährwert, zumal bei fettloser Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den riesigen Preisen für die Rinderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zu Grunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts gibt bekannt, daß diese Festsetzung als „vorläufige“ bis zur Feststellung des Endergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, der selbe tröstliche Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verflochtenen Netz in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportchwierigkeiten wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Erwand erhoben.

Im Volke ruft diese Art und Weise neue Erregung hervor. Sollte keine Erleichterung sich in Formen erlauben, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs. Die Erfahrung hat gezeigt, daß im verflochtenen Netz die Bevölkerung mit der Nation von sieben Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die „Transportchwierigkeiten“ des Kriegsernährungsamts schufen eine glänzende Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Willen das darbede Vork. 20-30 Mark für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beschränkten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war, gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Versorgung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Was drakonische Strafbestimmungen niemals erzielen konnten, wird durch sie erreicht. Die Verbeulung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Guttner im Parlamentarischenerrat des Kriegsernährungsamts, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerkäuflich und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabweisbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Zeit jener Zeit ist, wie wir ausführten, die Brotration herabgesetzt, die Fleischration verkleinert, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher Eure Excellenz aufs dringende ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelration baldigt durchgeföhrt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenstreben, der vergänglich sein wird, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
Fr. Ebert.  
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
Carl Legien.

**Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler.**

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften hatte am 10. September einstimmig beschlossen, eine Delegation zum Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Forderungen der Arbeiter vorzutragen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Gegenden des Reiches wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Wechsike (Altenburg), Vorsitzender des Verbandes der Putzmacher, Paepflow (Damburg), Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Schmidt (Berlin), Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes, Thomas (Frankfurt a. M.), Vorsitzender des Verbandes der Tischler, Waldecker (Worms), 2. Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter und Legien (Berlin), Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Empfang fand am 12. September, nachmittags 5 1/2 Uhr, statt und nahm nahezu zwei Stunden in Anspruch. Als Sprecher der Delegation führte der Zentralvorsitzende des Tischlerverbandes, Thomas (Frankfurt a. M.), folgendes aus: Die Entsendung der Delegation beweise, daß die deutsche Arbeiterschaft noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten nicht länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinkt. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einem Tripunkt angekommen. Die Kräfte, die gewissenlos der Volks-ernährung entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalem Wege werde immer weniger vertriebt. Auch die Schwarzarbeiter müßten Buderpreise zahlen. Immer allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gehandelt. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen fortgesetzt ab. Sie könnten körperlich nicht mehr leisten, was ihnen früher ein leichtes war. Die Erfassung der Vorräte auf dem Lande sei gänzlich ungenügend. Die städtische Arbeiterschaft sei unter die Äußersten des Existenzkampfes gezwungen, auf die Landwirtschaft nähme man die größte Rücksicht. Bei der jetzigen Not wirkten die Unterlassungen wie Verbrechen am Volke. Die Gewerkschaftsführer seien keine Schwarzjäger, keine Klauf- und Diebstahler. Aber es sei höchste Zeit, zu bessern; denn die Aufregung unter der Arbeiterschaft sei ungeheuer. Die schönsten Rabenworte würden wirkungslos bleiben. „Am hungrigen Magen sei Eingang nicht. Zupfenlogik mit Andeclgründen.“ Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da auch die Reichen nicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt die Schleichhändler aufhängen, alle Lebensmittel erfassen und dem gesamten Volke zugänglich machen, die fleischlosen Wochen aufheben und mehr Kartoffeln geben. Ganz und unverschieden sei die verurteilte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleider. Hier bewirke allem der unverhältnismäßige Buder, der fähigen die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Eine einfache Arbeitslohn sollte jetzt statt 4 Mark 55 bis 60 Mark und habe nur den vierten Teil der früheren Zeit. Selbst aus dieser konnte nicht mehr werden, es

drohe der Zusammenbruch der Familie. Auch hier sei die Verteilung ganz ungleichmäßig. Die Regierung müsse den Arbeitern Sachen zur Verfügung stellen wie den Soldaten. Um die Unterernährung zu paralisieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen, ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kriegsämter und Unternehmer müßten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Falle müsse sich der Soldat eine arbeitsfähige Arbeiterkraft erhalten.

Alle wirtschaftlichen Nöte würden verschlimmert durch die unsichere, schwankende Politik im Innern. Die Regierung Herding habe die erhoffte Steigertät nicht gebracht. Die Empörung über die unkluge Haltung in der Wahlrechtsfrage sei zur Siedehitze gediehen. Grimmig erwidert wurde sich das Volk von der Monarchie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Machtwort sprechen, den Landtag auflösen und das Notenvotum wahrnehmen. Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiet der Zensur und des Belagerungszustandes lasteten schwer auch auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerster Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nahezu sozialistenfeindlicher Geist. Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Abgabe an die Arbeitenden und die Konsumtionspolitiker. Das Volk müsse reinlos sterben, unabhängig von der jeweiligen Anlagelage. Gerade jetzt, wo der heimliche Durchbruch verhindert und eine Ermattung der kriegsbedingten Gewerkschaften eintritt, sei die beste Zeit, sich ungenügend auf den Verhandlungsfrieden festzusetzen. Gerade die es mit der Verteidigungspflicht ernst meinen, wählten durch eine freundliche Geste und ein lautes Wort die Kriegszeit abgelehnt werden. Auch dürften beim Friedensschluß die internationalen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht weiter einfach vernachlässigt werden. Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft, um die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter habe die Arbeitervertreter hergeführt. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen, die jetzigen schwierigen Zeiten zu überbrücken.

Für die Regierung antwortete Reichsanwalt Graf Hertling: Die politische Reichsregierung sei mit der Erreichung der Friedensleitung vollkommen einig im Erstreben des Beibehaltungszustandes. Der Krieg werde nicht ein, Monate länger dauern, als zur Verteidigung unbedingt notwendig. Die bisherige Friedensangebots Deutschlands seien leider hauptsächlich mißgünstig worden. Noch vor vierzehn Tagen habe wieder Chauvinismus die ganze schändliche Presse beherrscht. Trotzdem hoffe er zuverlässig, daß wir dem Frieden näher seien, als man allgemein glaube. Jedenfalls seien Reichsregierung und Reichsleitung einmütig gegen jede Erörterung; darüber würden keine Meinungsverschiedenheiten und seien keine Verhandlungen nötig. Zum allgemeinen Wahlrecht könne er nun wiederkommen, daß er dann habe und solle. Er

wundere sich, daß seine Worte bezweifelt würden. Man müsse doch begreifen, daß die bisher maßgebenden Parteien durch die Wahlreform beunruhigt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber deswegen weiche er nicht einen Schritt vom gleichen Wahlrecht ab, und sobald feststehe, daß darauf keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen.

Staatssekretär Wallraf gab Mitgriffe im Vereins- und Versammlungsrecht und im Zensurwesen zu. Er erbat sich die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche fänden mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

Staatssekretär Waldow bedauerte, daß die Verspätung der Ernte noch keine Heberfücht zulasse. Schwere Mittel zur Erfassung der Lebensmittel ständen nicht zu Gebote. Der Schweinehandel in kleinen Mengen komme den Arbeitern zugute und lasse sich kaum unterdrücken. Die Abenerente sei wohl nur 15 Proz. besser als im Vorjahr, die Kartoffelernte mutmaßlich schlechter. Die Versorgung der Industrie werde vom 1. Oktober an besser werden. Die Wiederherstellung der vollen Produktion trete bestimmt ein. Eine Erhöhung der Kartoffelernte könne er nicht in Aussicht stellen, da das ungenügende Wetter die Ernte beeinträchtige und Eisenbahn und die Gemeinden mit größeren Mengen unüberwindliche Transportbeschwerden hätten. Die fleischlosen Wochen müßten beibehalten werden, um die Milch- und Fettversorgung nicht zu gefährden. Die allgemeine Verbesserung der Ernährung könne er leider nicht in Aussicht stellen. Aber ganz bestimmt werde sie nicht schlechter werden.

Staatssekretär v. Stein behandelte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Die Ersatzmittel müßten auch für die Arbeiterklasse ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Ausland infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensunterhandlungen sei das deutsche Programm für die internationalen Sozialbeschaffung fertig ausgearbeitet. Die internationalen Arbeiterabverträge würden nicht berathen werden.

Eberth sprach vom Kriegsmangel verheerete, die Frage der Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Verabau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichstagsabgeordneter Vogler entgegnete, bei den hoffnungslosen Aussichten über die Ernährungsfrage sei die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen. Er ginge dann auf die Forderungen der Gewerkschaften durch das stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps ein.

Dann schloß Reichsanwalt Graf Hertling die Zusammenkunft mit Worten des Dankes für die hoffentlich ruhmbringende Ausbreide.

## Unser Verband am Schlusse des 49. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. September 1918.)

Ueber 38 Tausend Mitglieder! Dies ist das Ergebnis unserer vorliegenden Statistik. Innerhalb eines Monats haben wir eine Zunahme von 1100 und zählen nun 38062 Mitglieder, 29000 männliche und 9062 weibliche. Frühere stiegen um 721, die weiblichen um 179. Diesmal überwiegt die Zunahme der männlichen Mitglieder. Das gleiche läßt sich auch bei den 1726 Eintritten feststellen. Davon sind 921 männliche und 805 weibliche. Ein recht erfreuliches Gesamtergebnis, das uns zur rastlosen Weiterarbeit aufspornen muß. Besonders aber in den Gruppen, die an der Zunahme nicht teilnahmen. Außer den hier angeführten Mitgliedern befinden sich noch 28449 unserer Kollegen im Felde. Von u. der Einzelgehörigen sind es diesmal 20954 (21042) und Kinder 7534 (8218). Beide Gruppen weisen einen Rückgang von 88 bzw. 111 ab. Die Zahl unserer Toten dagegen stieg um 84. Sie beträgt nun 2725. Arbeitslose zählen wir am Schlusse des Monats 27, davon 9 männliche und 18 weibliche. Auf Kosten der Hauptkass, wurden 19625 Mk. (16575) an Arbeitslose und 20 Mk. (22 für Nachzahlung ausbezahlt. Die Krankenkassenversicherung erfordert 183625 Mk. (1197075), 3375,80 Mk. mehr als im vorigen Monat. Die Streikunterstützung betrug 6225 Mk. (6283). Sie ging um 758 Mk. zurück. Die Gesamtausgabe für Unterhaltungsgeräthe stellt sich auf 21787,60 Mk. (22141,30). Also 2646 Mk. mehr als im Juli. Nachfolgend die tabellarische Zusammenstellung:

Aufnahmetag	Mitgliederbestand	Neuzunahmen	Mitglieder		Zunahme		Angehörige der Einzelgehörigen	Arbeitslose
			Abnahme	Zunahme	Cherfrauen	Männ.		
1. Juli 1914	54522	—	—	—	—	—	—	—
15. August 1914	41952	—	1910	—	—	8517	18001	531
1. Oktober	37174	—	2779	—	—	11508	22117	511
1. Januar 1915	34550	—	3690	—	—	12494	24070	523
1. April	31831	—	3395	—	—	14796	27893	201
1. Juli	29207	—	3345	—	—	16703	32677	72
1. Oktober	27844	—	2634	—	—	18137	36300	77
1. Januar 1916	26695	477	2513	—	—	19294	37750	232
1. April	26600	627	1986	—	—	19662	37714	158
1. Juli	27013	703	1116	—	—	20098	38444	56
1. Oktober	26199	555	1025	—	—	20845	40154	59
1. Januar 1917	25586	581	645	—	—	21500	41543	131
1. April	26350	1381	—	723	—	21847	42228	57
1. Juli	27198	1144	—	1872	—	21634	42669	40
1. Oktober	30149	1699	—	4573	—	21575	46801	25
1. Januar 1918	32925	1299	—	7392	—	21920	49543	100
1. Februar	33631	1216	—	7993	—	21594	49596	77
1. März	34600	1402	—	9016	—	21467	49258	58
1. April	35197	1601	—	9522	—	21414	49194	63
1. Mai	35695	1137	—	9892	—	21562	49015	63
1. Juni	36296	1134	—	10332	—	21152	39641	41
1. Juli	36783	1315	—	10558	—	21155	39684	40
1. August	36862	1040	—	10885	—	21042	39248	60
1. September	38062	1726	—	11989	—	20954	38834	27

Quantität Nr.	Ort	Mitgliederzahl am				Neuaufnahmen		Mitglieder		Angehörige der Eingezogenen		Zur August 1918 auf Kosten der Hauptkasse ausgegebene Unterzählungen							
		Schluß des II. Qu. 1914	I. September 1918	davon		männlich	weiblich	Zunahme	Abnahme	Frauen	Minder	an Arbeitslose		an Kranke		in Sterbefällen		Gesamtsumme	
				Zusammen	männlich							weiblich	Mt.	Wt.	Mt.	Wt.	Mt.	Wt.	Mt.
1	Berlin	9619	6431	4613	1818	113	180	3689	—	4086	8352	1	50	2785	—	950	—	8796	50
2	Brandenburg	1022	515	436	79	1	—	—	80	336	644	6	—	165	50	160	—	821	50
3	Bremen	2670	1516	1209	307	51	16	156	—	877	1618	—	—	588	75	185	—	718	75
4	Breslau	1980	2698	809	1829	18	234	2487	—	776	1708	87	50	1040	50	145	—	1223	—
5	Dresden	3381	2048	1749	299	51	12	183	—	1184	1886	7	50	1240	50	900	—	2148	—
6	Düsseldorf	2459	1632	1381	251	69	18	440	—	747	971	—	—	681	45	30	—	711	45
7	Frankfurt a. M.	3109	3107	2424	683	159	181	1788	—	1425	2961	—	—	1010	25	265	—	1275	25
8	Hamburg	7075	4265	3580	705	22	24	1175	—	2737	4735	11	25	2573	50	577	50	3162	25
9	Hannover	1171	860	684	176	37	82	266	—	480	1003	8	—	313	25	30	—	351	25
10	Königsberg	1182	566	522	44	21	2	59	—	627	1270	—	—	314	25	60	—	394	25
11	Leipzig	3172	1586	1391	195	22	13	—	289	1064	2105	—	—	1279	25	877	50	2156	75
12	Magdeburg	1596	1569	1420	149	42	5	817	—	618	1237	—	—	583	75	217	50	1051	25
13	Magdeburg	1499	965	891	74	6	4	79	—	451	658	—	—	429	90	180	—	609	90
14	Mannheim	3326	2140	1727	413	54	33	371	—	1278	1953	—	—	1120	75	375	—	1495	75
15	München	4154	3631	2292	1339	23	37	820	—	1041	2490	132	50	1721	25	580	—	2413	25
16	Nürnberg	2618	1830	1495	335	61	90	335	—	932	1890	—	—	791	75	562	50	1354	75
17	Strasbourg E.	1909	865	788	77	142	20	—	281	708	1509	—	—	186	50	—	—	186	50
18	Stuttgart	2908	1736	1507	229	30	2	—	7	892	1763	—	—	1255	25	210	—	1465	25
19	Eingezogene	312	102	42	60	—	2	—	67	97	61	12	—	—	—	—	—	12	—
		54522	38062	29000	9062	921	805	+	11989	20954	38834	216	25	18346	35	6225	—	24787	60

### Gewährung vorübergehender Teuerungszuschüsse in Mannheim.

Am April d. J. reichte die Filiale Mannheim beim Stadtrat die Forderung ein, wonach rückwirkend vom 1. März 1918 ab die Löhne der städtischen Arbeiter, der ständigen sowie der unfständigen, täglich um 1 Mt. und die der Arbeiterinnen um 80 Pf. erhöht werden sollen. Höhere Forderungen stellten später der Transportarbeiterverband für das Fahrpersonal der Straßenbahn und die Beamten- und Lehrervereine.

In der Gehaltskommission war es nicht leicht, ein einigermaßen befriedigendes Resultat für die Antragsteller durchzusetzen. Ursprünglich bestand die Absicht, nur eine einmalige Zulage zu gewähren, und zwar 150 Mt. für Ledige, 250 Mt. für Verheiratete und diesen Gleichgestellte und für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 50 Mt. Diese Beträge wurden von den sozialdemokratischen Vertretern als ungenügend bezeichnet und eine wesentliche Erhöhung beantragt. Da bei der ersten Beratung eine Einigung zwischen den Sozialdemokraten und der Mehrheit nicht zu erzielen war, wurden die Beratungen unterbrochen, bei deren Fortsetzung eine Erhöhung obengenannter Sätze zugestanden worden ist. Das Ergebnis der Beratung der Gehaltskommission und des Stadtrats lag nun in einem Antrag dem Bürgerausschuss zur Beschlußfassung vor. Sehr erfreulich war bei den Beratungen des Bürgerausschusses, daß von allen Seiten die vom Stadtrat vorgelegenen Sätze als ungenügend und keineswegs den Bedürfnissen entsprechend bezeichnet wurden. Allgemein wurde verlangt, daß der Stadtrat über seine Vorschläge hinausgehen müsse. Eine angenehme Ueberraschung brachte ein Antrag der Zentrumsfraktion, der eine Erhöhung der vorgesehenen Sätze um 50 Proz. forderte. Dieser Antrag war um so willkommener, da gerade der Zentrumsvorsteher in der Kommission schon den ersten Vorschlag als zu weitgehend bezeichnete und seine Stellung mit dem bekannten Hinweis begründete, daß durch den Krieg viele selbständige Existenzen vernichtet und in ihrem Einkommen geschädigt worden wären, ohne daß für sie gesorgt wurde. Auf diese und auf die Steuerzahler müßte doch Rücksicht genommen werden, meinte er.

Von den Sozialdemokraten wurde verlangt, daß die Stadtverwaltung neben den Sätzen, welche jetzt die städtische Vorlage vorsehe, den Arbeitern und Beamten die den Reichs- und Staatsbeamten in Aussicht gestellten und am Ende d. J. zur Auszahlung gelangenden einmaligen Zulagen gleichfalls gewähren solle.

Die nationalliberale Fraktion wollte die Höhe der Zulagen für Beamten und Lehrer auf 500 Mt. für Verheiratete, und 350 Mt. für Ledige festgesetzt wissen; für die Arbeiterschaft unterließ sie es, weitergehende Forderungen zu stellen.

Von sozialdemokratischer Seite wurde ferner beantragt, den unfständigen Arbeitern, soweit deren Entlohnung im Rahmen des Subsistenz vom Jahre 1917 erfolgt, auch die vorgesehenen Minderbeihilfen zu gewähren.

Der Oberbürgermeister Dr. Kuber erklärte wiederholt, daß diesem Verlangen Rechnung getragen werden solle, weshalb sich eine Abstimmung über den Antrag erübrigte.

Um den Beamten und Arbeitern sofort Geld zu verschaffen, wurde die städtische Vorlage einstimmig angenommen. Danach erhalten nunmehr die Ledigen 210 Mt., Verheiratete und diesen Gleichgestellte 260 Mt., Kinder unter 16 Jahren, und zwar das erste und zweite Kind je 120 Mt. und für jedes weitere Kind 60 Mt. Teuerungszulage. Die Pensionäre erhalten die Hälfte dieser Beträge. Den Witwen wird zu ihren Verforgungsgebühren widerrechtlich ein Zuschuß von jährlich 144 Mt., ihren Kindern 30 Mt. und an Doppelwitwen 45 Mt. gewährt. Für die Ansehensarbeiter und Ansehensangestellte ist bestimmt, daß ihre Gesamtbezüge denen der dauernd Angestellten entsprechen sollen. Diese Beträge werden für das Jahr 1918 voll ausbezahlt. Für das Jahr 1919 werden die Beträge in Monatsraten zur Auszahlung gebracht und als laufende Ausgabe in den Voranschlag miteingestellt.

Außer der Zustimmung zu der städtischen Vorlage wurde dann nach der Zentrumsantrag, die Zulage um 50 Proz. zu erhöhen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und einiger fortschrittlicher Vertreter mit insgesamt 43 Stimmen gegen 31 Stimmen der Nationalliberalen und eines Teils der Fortschrittler angenommen. Eine weitere Resolution, in welche die Nationalliberalen ihren ursprünglich gestellten Antrag mwarzudehen, fand gleichfalls einstimmige Annahme. Sie besagt:

„Der Stadtrat wird ersucht, über die heutige Vorlage hinaus weitere Teuerungszuschüsse, die den Verhältnissen entsprechen, zu bewilligen und darüber in Vöde dem Bürgerausschuss eine Vorlage zu machen. Diese Teuerungszuschüsse sollen mindestens die Höhe der Teuerungszuschüsse erreichen, die der Staat gewährt.“

So schloß die Sitzung des Bürgerausschusses für die Arbeiter und Beamten durchaus befriedigend ab. Es ist nur zu wünschen, daß diese freundliche Miene, welche vom Zentrum und den Nationalliberalen in der Sitzung des Bürgerausschusses gezeigt wurde, kein Mandöver, geleitet von agitatorischen Gesichtspunkten, war, sondern daß deren Vertreter bei der nunmehr weiteren Behandlung der gestellten Anträge und Resolution auch die Tat folgen lassen.

Für die Arbeiterschaft gilt jedoch nach wie vor, sich in erhöhtem Maße selbst um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu kümmern; denn ohne Kampf kein Erfolg, darum muß der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin Mitglied der Organisation werden.

### Aus Politik und Volkswirtschaft

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Parteileitung der Sozialdemokratie Preußens veröffentlichten folgenden Aufruf:

Fraußen stehen unsere Brüder im furchtbaren Kampf, den sie seit Beginn des Weltkrieges zu bestehen hatten. Dabei spielt unterdessen das Preussische Herrenhaus ein unwürdiges Spiel mit Volkserchten.

Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage in einer Form verabschiedet, in der auch die Regierung eine Erfüllung

feierlich gegebener Versprechen nicht zu erblicken vermag. Statt aber das widerspenntige Haus aufzulösen und an die Wähler zu appellieren, hat die Regierung die Vorlage an das Herrenhaus weitergehen lassen in der Hoffnung, dieses würde sie in einer Form wiederherstellen, die der königlichen Wahlrechtskommission vom 11. Juli v. J. entspricht.

Diese Hoffnung hat sich als eitel erwiesen. Die Zahl der tatsächlichen Anhänger des gleichen Wahlrechts im Herrenhaus ist so gering, daß sie als ausschlaggebend nicht in Betracht kommt. Eine Minderheit will an die Stelle des bisherigen Dreiklassenwahlrechts ein Mehrstimmrecht für das Alter setzen, dafür aber die Rechte der gewählten Volksvertretung verkürzen. Die konservative Mehrheit hält an der Forderung eines berufständischen Wahlrechts fest.

Gleich treten in der Tatsache, daß sich der Herrenhausauschuß nach dreitägiger Geheimberatung gleich wieder für fünf Tage verlegt um Verschleppungsabsichten. Duzlich in Erscheinung.

Wie lange soll das arbeitende Volk Preußens und Ostpreußens diesem unwürdigen Spiel noch zusehen? Wenn die Regierung in unbegründeter Verhöhnung der von der Zeit geborenen Revolution die Erfüllung ihrer Pflicht immer wieder hinauschiebt, so muß das Volk sie nachdrücklich an sie erinnern.

Die ungeheure Mehrheit unserer Volksgenossen ist in diesen Krieg gegangen in der Überzeugung, daß sie nicht für die Erhaltung Deutschlands, wie es vor dem Krieg war, sondern für ein besseres und freieres Deutschland kämpft. Durch zahlreiche Reden und schließlich durch die Wahlrechtskommission vom 11. Juli ist sie in dieser Überzeugung bekräftigt worden.

Da seitdem einmütige Enttäuschung hat auf den Geist des Volkes in erdrückender und tief niederdrückender Weise gewirkt, wie uns zahllose Briefe aus dem Felde und Märschen aus der Heimat beweisen. Die Heilverschwörer des preussischen Landtags haben so durch ihr unverantwortliches Treiben die Sache des um sein Dasein kämpfenden Volkes aufs allerwidrigste gefährdet. Keine Arbeit kann sie von der Anklage erlösen, in einer Stunde geschichtlicher Verantwortung ihr beschränktes Stimmrecht über die Lebensnotwendigkeit des Ganzen gestellt zu haben.

Indem sie die Sache der Verteidigung schädigen, schädigen sie auch die Sache des Friedens. Denn es ist für die Kriegsverlängerer von drüben nicht schwer, daß und Wühlarbeit gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen zu verrichten, wenn im größten deutschen Landestheil dem Volke ein Koch verweigert wird, das ihm sonst in keinem Lande der Welt vorenthalten geblieben ist. Es ist kein Zufall, daß dieselben Kreise, die die Sache des Friedens auf solche Weise schädigen, durch die Aufstellung unsinniger Eroderungsziele Widerstände an der Verlängerung des Krieges geworden sind.

Nur durch entschlossenen Kampf gegen den verderblichen Geist eines Herrtums, das nach außen auf das Evangelium der Gewalt schwört und sich im Innern zu seine volkstümlichen Privilegien klammert, kann dem Volke das versprochene Recht und ein baldiger, allen Völkern segensreicher Frieden errungen werden.

Im Namen der Millionen, die hinter uns stehen und die heute ihren Einfluß auf die Entscheidung der Regierung nicht geltend machen können, protestieren wir auf das schärfste gegen die Fortsetzung der Wahlrechtskommission im Herrenhaus und fordern die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses.

Fort mit dem Dreiklassenparlament, fort mit dem Herrenhaus! Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Es lebe die Demokratie und der Frieden!

• **Rus den Stadtparlamenten** •

**Karlsruhe.** Die Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter sollen in nächster Zeit unter dem Antrag zufolge erhöht werden. Auf diese Erhöhung wird den städtischen Arbeitern Anfangs September ein Vorstoß von 100 Mk. für Ledige und 200 Mk. für Verheiratete gewährt.

**Waldshut i. Baden.** In der Bürgerauschüßung vom 27. August wurde eine Erhöhung der Feuerungszulagen bewilligt. Dieselbe beträgt jetzt für Ledige 2 Mk. für Verheiratete 2,50 Mk. und für jedes Kind 0,25. Jeder Anwohner der zu unterstützen sind, 35 Pf. pro Tag.

• **Aus unserer Bewegung** •

**Breslau.** Die städtischen Arbeiter bemühen sich seit Herbst 1917 um eine Verkürzung ihrer geradezu unmenßlich langen Arbeitszeit. Ihre Forderungen sind sehr bescheiden und lassen sich bei ein klein wenig gutem Willen ohne weiteres durchführen, wie dies auch in anderen Städten geschehen ist, wo die Arbeitszeit nicht die lange Dauer hatte wie in Breslau. Ein Erinnerungsschreiben unseres Verbandes an den Magistrat, doch seine Eingabe vom Juni zu beantworten, wurde dahin entschieden, daß man weitere Erhebungen anstellen wolle. Seitdem sind Wochen ins Land gegangen und nichts ist zu hören. Der Vorgang ist für die Arbeiter allerdings verständlich. Man wird eine Uebereinstimmung mit den Betriebsleitern nicht erzielen können. Einzelne der Herren werden von der Arbeiterschaft dafür eingeschätzt, daß sie lieber über Leuten schreiben, als der Arbeiterschaft eine Reform zuzubilligen. Was dem aber sein wie es wolle, einen Grund muß die außerordentliche Verzögerung der Vornahme einer vaterländischen Reform doch haben. Die Arbeiterschaft verweist ferner auf die vielen Vorträge, die ihr von Mitgliedern der Kriegsausschüsse für Volksaufklärung gehalten werden. In einer viel wirksameren Weise könnte beruhigend unter der Arbeiterschaft gewirkt werden, wenn den Arbeitgebern Vorträge darüber gehalten würden, daß sie im Interesse des Vaterlandes ihre reaktionären Meinungen revidieren sollen. Es bleibt bei der städtischen Arbeiterschaft unangehen, daß im vergangenen Winter eine notwendige Reform mit der unwahren Angabe abgelehnt wurde, daß Betriebsstörungen unter Zuhilfenahme der gesamten Arbeiterschaft der jeweiligen Betriebe sofort beendet werden müßten. Oder wenn Herr Stadtrat Dr. Tobler behauptete, daß die von den Arbeitern gewünschte Reform die Mehrereinstellung von 25 Proz. Personal erfordere. Diese nicht zutreffenden Behauptungen bestärken die Arbeiterschaft in dem Glauben, daß für die Durchführung der gewünschten Reformen der gute Wille fehlt. Wenn den Arbeitern die Geduld ausreicht und sie Schritte tun, die heute niemand wünscht, dann schreibt man über Vaterlandsverrat, den aber in Wahrheit diejenigen verüben, die sich gegen selbstverständliche und leicht durchzuführende Reformen aus reaktionärer Meinung sträuben. Also mehr Eile tut dringend not.

**Lübeck.** Am 7. September fand eine hiesig besuchte Versammlung aller Staatsarbeiter im Gewerkschaftshaus statt. Stollge Vohl bestrich die Kollage der Arbeiter und Arbeiterinnen, unterstützt durch die unerträglichen Feuerungsverhältnisse. Modern begründet eine neue Eingabe und legte klar, daß die bis zurzeit getroffenen Maßnahmen seitens des hiesigen Staates nicht der Kollage der Arbeiterschaft entsprechen hätten. Die hiesigen Staatsarbeiter seien nicht einmal in der Lage, die ihnen zugeteilten Lebensmittel erwerben zu können, geschweige weitere Annehmlichkeiten zu machen. Da nun aber auf allen Gebieten Notmaßnahmen stattfinden müssen, sei notwendig, daß eine weitgehende Aufhebung der Löhne stattfinden. Um den Arbeitern und Arbeiterinnen es zu ermöglichen, daß sie sich die allerunvermeidlichen Bedürfnisse gegenüben, wie ebenfalls Unterwäsche und Bettwäsche erwerben konnten, müsse eine einmalige größere Hilfe stattfinden. Einen Weg, der zu gehen sei, hätte ja das Reich und der preussische Staat gezeigt. Zustimmung wurden hierauf nachstehende Anträge angenommen:

1. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird eine einmalige Feuerungszulage von 500 Mk. gewährt;
2. den Arbeitern und Arbeiterinnen wird eine laufende Lohnzulage von pro Tag 2 Mk. gewährt;
3. die Winterlöhne werden den Sommerlöhnen gleichgestellt.

Die Arbeiterauschnisse werden vorstehende Anträge mit allem Nachdruck vertreten. Mit einem kräftigen Appell an die Versammlung, für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, fand die guthesigliche Versammlung ihr Ende.

**Essenbach a. Main.** Am 6. September sprach Gauleiter H b e in einer öffentlichen Versammlung im „Rheinischen Hof“ über unsere Forderung um Erhöhung der Grundlöhne und über die Wahl der Kandidaten zum Arbeiterauschniß. Er führte u. a. aus: Am 2. April reichten wir die Forderung um 40prozentige Erhöhung des Grundlohnes ein. Da keine Antwort erfolgte, fand dann am 10. Mai eine öffentliche Versammlung statt. In dieser wurde eine Kommission gewählt, welche mit dem Herrn Oberbürgermeister Aufsprache nehmen sollte. Diese erfolgte am 22. Mai. Am 11. Juni wurde der Stadtverordnetenbeschuß über die Feuerungszulagen gefaßt, wie sie auch erfolgt sind. Damit haben sich die hiesigen Arbeiter zufrieden gegeben unter der Bedingung, daß hierauf baldigst die Grundlohnerhöhung erfolgt. In einem Vergleich der Löhne der Arbeiter mit dem Gehalt der Beamten wies Referent die Ungerechtigkeiten der letzten Feuerungszulage nach, indem den Beamten die höchsten Feuerungszulagen gewährt wurden. Wir fordern nun, wie es die Stadt Mannheim macht, die Feuerungszulagen zum Grundlohn zu schlagen und alsdann eine entsprechende Grundlohnerhöhung zu gewähren. Die Zulagen, die die Stadt gegeben hat, sind ja ansehnenswert, sie sind aber doch ein Tropfen auf den heißen Stein, denn die Preise der wichtigsten Bedarfsartikel sind immer weiter gestiegen. Die Arbeits-

frat muß erhalten, die Familie vor Not und Elend geschützt werden. Deshalb müssen wir darauf dringen, daß die Grundlöhne erhöht werden. Die Städte-Maßnahmen haben die Grundlöhne erhöht, trotz der Vereinbarung der fünf größten heftigsten Städte. Was können die städtischen Arbeiter nun tun, um Erlöse zu zeitigen? Wer allem voran für eine strenge Organisation! Die Frauen und Pflichtverrechenen müssen sich den um eine bessere Lebenslage kämpfenden Kollegen anschließen, es müssen Betriebsversammlungen stattfinden, um im eigenen Mahnen zu verhandeln und das Resultat in einer öffentlichen Versammlung zusammenzustellen und alsdann der Bürgermeisterei zu unterbreiten. — Die Diskussionsredner erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. In aller Eile seien in den Betriebsversammlungen Kommissionen zu bilden, denn wir stehen vor dem Winter und gehen einer sehr schweren Zeit entgegen. Für eine getragene Dose wurden einem Kollegen 75 Mk. überlangt. Was sollen wir nun machen, wenn die noch vorhandenen Mitglieder und Einnahme verbraucht sind? Deshalb rufen wir den saumtlichen Kollegen nochmals zu: Trete ein in die Organisation, denn nur durch eine kräftige Organisation können wir unsere Forderungen energisch vertreten. Nachdem die Kandidaten zum Arbeiterauschuss gewählt sind, soviel als möglich gewählt waren (die übrigen Betriebe sollen sie in den Betriebsversammlungen wählen), wurde die Versammlung geschlossen.

**Sitzung.** Anfang Juni stellten die städtischen Arbeiter folgende Anträge: 1. Erhöhung der Löhne um 15 Pf. für die Stunde; 2. Gewährung einer Auslösung an solche Arbeiter, die außerhalb der Stadt arbeiten müssen, in Höhe von 3 Mk. täglich und 3. Umrechnung der bisherigen Stundenvergütungszulage in eine feste Wochenzulage und Verabreichung derselben auch für in die Woche fallende Feiertage. Anfang Juli erkundigte sich nun der Arbeiterauschuss beim Stadtrat, wie es denn mit der Erledigung dieser Anträge stehe, zu gleicher Zeit nahm Kollege Preisler Audisprache mit einem der einflussreichsten Stadträte. Dem Arbeiterauschuss wurde gesagt, daß sich der Rat bereits mit diesen Anträgen beschäftigt habe, doch sei noch kein bestimmter Beschluß gefaßt und es stellten erst noch Anträge bei den Nachbarn abzuwarten. Es wurde aber versprochen, die Lohnerhöhung rückwirkend vom 1. Juli ab zu bewilligen, damit keine Schwärzung der Arbeiter eintrete. Es verging aber der ganze Monat August und der Arbeiterauschuss mußte erst noch einmal energisch auf schleunige Erledigung drängen. Unterm 28. August erhielt dann endlich der Arbeiterauschuss folgenden Bescheid:

„Auf Ihre Eingabe vom 10. Juni wird Ihnen mitgeteilt, daß die städtischen Körperlichkeit beschlossen haben, den städtischen Arbeitern eine abermalige Zulagenzulage in Höhe von 6 bis 10 Pf. für jede Arbeitsstunde unter Vorbehaltung der bisherigen Vorverhältnisse ab 1. September dieses Jahres zu gewähren. Außerdem erhalten die städtischen Wagenführer und die Wäschnisten der städtischen Werke — soweit sie in Monatslohn stehen — eine monatliche Zulage von 5 Mk.“

Wegen Gewährung einer Zulage an Arbeiter, die außerhalb arbeiten müssen, ist beschlossen worden, den Vereinten wie bisher 2 Stunden Lohn einschließlich Zulage in Anrechnung zu bringen. Wo aber Lohnnachzahlung eintreten muß, wird künftig noch eine Entschädigung in Höhe von 1 Mk. gewährt.“

Dieser Bescheid wurde in einer am 3. September stattgefundenen außerordentlich stark besuchten Versammlung der Arbeiterschaft bekanntgegeben. Mit dem außerordentlich mageren Ergebnis war die Versammlung selbstverständlich nicht einverstanden. Nach heftiger Debatte wurde beschlossen, den Arbeiterauschuss zu beauftragen, sofort gemeinsam mit dem Gauleiter beim Oberbürgermeister vorstellig zu werden, die Erfüllung der gestellten Anträge, vor allem aber Aufhebung der Lohnerhöhung vom 1. Juli ab, zu verlangen und einer für den folgenden Tag einzuberufenden Versammlung Bericht zu erstatten. Vom Ergebnis der Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister sollten dann die weiter zu ergreifenden Maßnahmen abhängig gemacht werden. Am Vormittag des anderen Tages wurde denn auch der Arbeiterauschuss gemeinsam mit dem Gauleiter vom jetzigen aus dem Felde vertriebenen Oberbürgermeister empfangen. Nach Darlegung der Anträge der Arbeiter erklärte der Oberbürgermeister, daß er die Wünsche der Arbeiter für berechtigt halte, er versprach ferner, diese nochmals den städtischen Körperlichkeit vorzulegen und sie zu befürworten. Soweit der Rat in Frage käme, konnte er mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß den Anträgen der Arbeiter entgegenkommen werden würde, er werde aber auch beim Stadtverordnetenkollegium seinen Einfluß zugunsten der Arbeiter geltend machen. Als dann Kollege Preisler auf die gereizte Stimmung der Arbeiter hinwies, erwähnte der Oberbürgermeister, daß er sich damit zwar nicht die Büchse auf die Brust setzen läßt, er wolle aber auch im Innern seinen Arm, denn es sei doch nicht idiosyncrasisch, zum Schluß der Verhandlung vorher solche Briefe noch auf den auf Anregung des Oberbürgermeisters gefaßten Beschluß der Stadtverordneten, wonach den städtischen Beamten zur Deckung des Winterbedarfs an Kohlen und zu sonstigen Anordnungen Reichthümer gewährt werden und er habe dann diesen Beschluß auch auf die städtischen Arbeiter ausdehnen. Da andere Städte, z. B. Dresden, ebenfalls an Arbeiter Reichthümer gewährt, so dürfte das auch in Bismarck möglich sein. Auf diese Anregung versprach der Oberbürgermeister Folge

zu geben. Bei der außerordentlich entgegenkommenden Haltung des Oberbürgermeisters vertiefte die Verhandlungen recht leicht und schnell. In der dann am Abend des 4. September stattfindenden zweiten Versammlung, welche wieder stark besucht war, wurde ausführlich über die Verhandlungen berichtet und beschlossen, zunächst die Beschlüsse der Stadtverordnetenkollegium abzuwarten. Es wurde aber von der Versammlung kein Zweifel darüber gelassen, daß ohne weiteres der Sanktionsauschuss angewandt werden wird, wenn die Beschlüsse des Stadtverordnetenkollegiums nicht den auch vom Oberbürgermeister für berechtigt bezeichneten Wünschen der Arbeiter entsprechen. Mit einer eindringlichen Mahnung des Gauleiters, aus den Vorgängen die richtige Lehre zu ziehen und alle Kraft an die Stärkung des Verbandes zu setzen, wurde die Versammlung geschlossen.

**♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦**

**Die Gewerkschaften und der Frieden.** Auf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften vom 7. September jagte der Vorsitzende Genosse Legien im Anschluß an den von ihm erstatteten Bericht: Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Entente-Staaten über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen. Leider ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbestrebung der Arbeiterschaft der Entente-Staaten wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt ist auch der Vorsitzende der American Federation of Labour, Gompers, nach Europa gekommen, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen, und seinen Teil dazu beizutragen, daß dem grausigen Mord und Verwüsten ein Ende bereitet wird. Er will im Gegenteil das Räulchen von Friedensbestrebung, das in der Arbeiterschaft Englands aufgesamlet ist, wieder zerstören. Auf einem Bankett, das am 30. August in London zu seinem Empfang veranstaltet wurde, antwortete Gompers auf die Begrüßungsrede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George. Er forderte die Niederwerfung Deutschlands und lobte die englische Nation, die in dem Kampfe gegen die „Sünder“ sich so tapfer gehalten habe. Die Zustände in dem Lande, das Gompers vertrat, geben ihm keine Veranlassung, in dieser beleidigenden Weise von der Arbeiterschaft Deutschlands zu sprechen.

Alle Achtung vor der Energie und Arbeitsleistung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Aber auch ihr bewunderter Freund wird nicht in Abrede stellen können, daß in diesem Lande alles noch im Werden begriffen ist. Die Kapitalmacht herrscht dort unbeschränkt als in irgendeinem Staate Europas. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sind nur in einzelnen Staaten Nordamerikas in geringen Anzügen vorhanden. Die von dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten erlassenen Urteile zeigen, wie wenig das Recht der Gewerkschaften geachtet wird, die unheilvollen Wirkungen des Kapitalismus zu beseitigen oder zu mildern.

Ginter dem Mutterlande England das unbegrenzte imperialistische Verlangen und mit allen Mitteln durchzusetzen versucht, stehen die imperialistischen Tendenzen der Vereinigten Staaten nicht wesentlich zurück. Die Lynchjustiz wird nach den Berichten der eigenen Presse in den Vereinigten Staaten von den Richtern gebildet. Den sogenannten besseren Elementen der Gesellschaft unerlaubt und ist zu einer Schmach für das Land geworden.

Es steht dem Vertreter eines solchen Landes schlecht an, die Arbeiterschaft Deutschlands als „Sünder“ zu bezeichnen. Umhören im eigenen Lande gebe ihm Veranlassung genug, dort das zu schaffen, was innerhalb der sozialistischen Gesellschaft an Kultur erreicht werden kann.

Was will denn die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten von uns? Wir haben ihrem Lande unsere Arbeit und unsere Arbeiter gegeben. Deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter haben wesentlichen Anteil an den Kulturfertigkeiten, die in den Vereinigten Staaten gemacht worden sind. Für die brutale Kriegführung unserer Volk allein verantwortlich machen, heißt absichtlich das übersehen wollen, was die anderen kriegführenden Staaten tun. England hat unter Bruch des Völkerrechts durch Abschneidung der Zufuhr von Nahrungsmitteln die Armen und Mütter Deutschlands dem Hunger preisgegeben und auf diese brutale Art den Krieg zu seinen Gunsten beendigen wollen. Gegen diese Art der Kriegführung hat Deutschland sich mit allen Mitteln gewehrt. Wir bedauern mit jedem Kulturliebenden und Menschensfreund den Torpedoschuh auf die „Lusitania“ und die entsetzlichen Folgen, die er hatte.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der deutsche Botschafter in Washington eindringlich davor gewarnt hatte, auf dem zum Transport von Munition und Kriegsmaterial dienenden Schiff-Passagiere befördern zu lassen, zumal das Gesetz der Vereinigten Staaten solche Beförderung verbietet. Daß Gompers und die A. F. L. gegen diese unangenehme Handlung Protest erhoben haben, ist uns nicht bekannt geworden.

Als gegen unseren Willen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg angekündigt war, ersuchte Gompers die Gewerkschaften Deutschlands, die Regierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzulassen. Wir antworteten, daß Verhandlungen mit der Regierung nur dann Erfolg haben können, wenn die Vereinigten Staaten auf England dahin einwirken, daß es seinen Hungerkrieg gegen die Frauen, Kinder und Greise Deutschlands einstellt. Das geschah nicht, sondern die Vereinigten Staaten, die unter angeblicher Neutralität alles getan haben, die Gegner Deutschlands in der Kriegsführung zu unterstützen, traten selbst in den Krieg ein. Die A. F. L. und ihr Präsident haben während der Zeit, in der die Dinge sich so gestalteten, das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation und ihre Führer tun sollten.

Damgegenüber haben die Gewerkschaften Deutschlands getrennten Grundrissen, die am 1. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage angestellt worden sind, gehandelt. Sie standen zu ihrem Lande in dem Bewußtsein, daß es sich allein um dessen Verteidigung handelt. Sie wollten nur die Sicherung der eigenen Grenzen, und lehnten alle weitergehenden Kriegsziele ab. An Bemühungen, die Gewerkschaften der Ententestaaten zu gleichem Vorhaben zu veranlassen, hat es interessiert nicht gefehlt. Vor der Weltgeschichte werden die Arbeiterorganisationen Deutschlands gerechtfertigt dastehen, wenn die Frage entschieden wird, ob sie bemüht waren, das einschlägliche Klingen, das zur Vernichtung der Kultur und der Kraft der Völker Europas führen muß, zu beendigen. Den Beweis, daß sie in gleicher Weise handelten, werden die A. F. L. und ihr Präsident Gompers noch zu erbringen haben.

Nach ein anderes aus der Rede Gompers sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf einer Raute, welche im Gegensatz zu der Auffassung der Meisten der Gewerkschaften Englands, Politik treibt. Die englische Seemannsgewerkschaft hat ihre Mitglieder verpflichtet, die Delegierten zur Stockholmer Konferenz nicht zu befördern, und hat es dem Sekretär des Internationalen Bureau möglichst gemacht, nach Antwerpen zu gelangen, um in der französischen Arbeiterschaft friedensfördernd zu wirken. Was die Ablehnungen der Ententestaaten durch Passverweigerung erreichten, hat diese gewerkschaftliche Organisation praktisch herbeigeführt. Es verhält sich eigentümlich, den Vertreter einer gewerkschaftlichen Landeszentrale solche Bemühungen zu hören. Die englischen Gewerkschaften dürfen wenig geneigt sein, diese von Gompers verkündete neue Lehre von gewerkschaftlicher Disziplin anzunehmen. Aufklärung der Dinge und daß gegenüber den Angehörigen einer anderen Nation haben diesen Gewerkschaftsführer verleiht, Desorganisation lobend hervorzuheben.

Die Reden von Gompers sind geeignet, die Alldeutschen zu fassen, deren Bestrebungen und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft der Ententestaaten dem Rate Gompers folgen würde. Dann könnte der Krieg noch jahrelang dauern, und die Hoffnung zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, würde aufgegeben werden müssen. Wir wollen ein-ut aussprechen, daß nur ein Frieden der Verständigung ohne Annexionen und Kriegsschädigungen ein dauernder sein und allem dazu führen kann, das Leben wieder und miteinander arbeiten der Pfiler wieder zu errichten. Wir erwarten, daß die künftigen deorganisierten Medien Gompers die beachtliche Wirkung auf die Arbeiterschaft der Ententestaaten nicht anwenden werden. Wir hoffen, die Gewerkschaften Englands werden der Stämmung des jetzt togenden englischen Gewerkschaftskongresses folgen, die einem Frieden der Verständigung zustreben, so daß dem Kriege baldigt durch Verhandlungen ein Ende bereitet wird.

Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß deren Veröffentlichung.

### Rundschau

**Sehr vernünftig!** Auf Antrag des Koburger Magistrats hat das Ministerium in Koburg jetzt verfügt, daß angesichts der derzeitigen Lebensmittelknappheit in der Stadt den Stadtern durch die Aufsichtsbeamten keine Schwierigkeiten in der Einholung von Nahrungsmitteln auf dem Lande gemacht werden, sofern es sich lediglich um die Privatversorgung handelt. Das Koburger Ministerium nimmt also den einzig richtigen Standpunkt ein, von dem so manche andere Behörde noch weit entfernt zu sein scheint: Entweder man bemüht sich um die Erfassung der Lebensmittel und sorgt dafür, daß jeder nicht nur eine notwendige, sondern eine den Mindestansprüchen genügende Ration erhält. Ist man dazu nicht imstande, dann verschone man diejenigen, die unter den Verhältnissen ohnehin am meisten zu leiden haben, mit kleinlichen Kontrollmaßnahmen, bei denen nichts weiter als Verärgerung und Verbitterung herauskommt.

**Bestrafter Einsicht.** Daß die Not der Zeit manche Verbraucher zum Anschluß an die Konsumvereine gebracht hat, die bisher dieser Bewegung fremd oder teilnahmslos gegenüberstanden, ist natürlich den Anhängern einer schlecht verstandenen Mittelstandspolitik ein Dorn im Auge. Man spart weder an Zeit noch an Papier, um die „Gefahren“ der Konsumvereine in den schwarzesten Farben an die Wand zu malen und gefällt sich bei diesem Stampf in der Verwendung von allerlei Kraftworten: „Selbstsucht und Ueberhebung“, „Zertrümmerung des selbstständigen Mittelstandes“, „Täuschungsversuche“, „Wahltrabe“ und fñhrt schließlich beweglich Klage über die behördliche Bevorzugung der Konsumvereine. Was es damit auf sich hat, möge man aus folgendem Beispiel erleben: Die im sogenannten Friedenauer Ortsteil von Berlin-Schöneberg wohnenden Genossenschaftler beziehen ihre Butter, da ja für die Groß-Berliner Spezialkarte dreizehnhundert besteht, aus der auf Friedenauer Gebiet liegenden Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft. Durch „zweckmäßige“ Anordnungen der Reichliche Groß-Berlin werden sie dafür, daß sie sich genossenschaftlich organisiert haben, bestraft, d. h. vom Maßebezug ausgeschlossen. Bei jeder Verteilung (je 1/4 Pfund) sind sie bisher nur einmal verächtigt, also um 1/4 Pfund betrogen. Auch beim Bezuge von Zucker, Nährmitteln, Marmelade, Eiern, Karoffeln werden sie durch die Heberbureaukratie genötigt, die Waren statt von der Genossenschaft von irgend einem Kleinbändler zu beziehen, weil die Stadt Berlin-Schöneberg es nicht dulden will, daß für die Schöneberger Genossenschaftler die Rate in der auf Friedenauer Gebiet belegenen Verkaufsstelle aus gegeben wird. Der Kriegsausgang für Konsumvereine interessiert nicht, daß hat von einer behördlichen Bevorzugung, eher von einer behördlichen Benachteiligung die Rede sein kann und verlangt, daß mit diesem Unheim, durch das die einsichtigen Verbraucher bestraft werden, endlich gebrachen werde.

### Briefkasten

**Zur gef. Beachtung!** Wegen Raummangels mußten verschiedene Notizen „Aus der Bewegung“ zurückbleiben.

### Colenliste des Verbandes.

<b>Ernst Emil Claus, Planen, V.</b> Zimmermann † 5. 9. 1918, 69 Jahre alt.	<b>H. Sennefeld, Nürnberg</b> Arbeiter † 30. 8. 1918, 40 Jahre alt.
<b>Johann Dorrman, Bamberg</b> Fensterarbeiter † 8. 9. 1918, 47 Jahre alt.	<b>Paul Spelger, Rheine</b> Feiger † 17. 8. 1918, 52 Jahre alt.
<b>Jos. Mannhardt, München</b> Monteur † 9. 9. 1918, 56 Jahre alt.	<b>Selma Stöckel, Dresden</b> Gartenarbeiterin † 6. 9. 1918, 54 Jahre alt.



### Opfer des Weltkrieges:

<b>Karl Herm. Janick, Chemnitz</b> am 29. Mai 1918 im Alter von 36 Jahren gefallen.	<b>Georg Schiffer, Breslau</b> am 12. September 1917 im Alter von 36 Jahren in Gefangenschaft gef.
<b>August Kochl, Dresden</b> am 6. September 1918 im Alter von 28 Jahren gefallen.	<b>Wendland, Charlottenburg</b> am 16. August 1918 im Alter von 41 Jahren gefallen.

Ghre ihrem Andenken!